

# **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 19.15 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

I. Bürgermeisterin Lina Meyer - Vorsitzende -

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsfrau Elfriede Meyer

(bis 19.05 Uhr)

Beigeordnete Helga Grix

(bis 19.00 Uhr)

Ratsherr Johann Südhoff für Ratsherrn Horst Jahnke

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsherr Richard Woldmer für Ratsfrau Herta Everwien (bis 18.50 Uhr)

### **CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz

(bis 18.50 Uhr)

Ratsfrau Sieglinde Kaune

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Hermann Züchner

## **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

### **F.D.P.** (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

### **Beratende Mitglieder**

Frau Elsa Hartwig

Herr Klaas Hayenga

Herr Norbert Haarmeyer

Herr Theodor Buß

Herr Werner Könitz

Herr Wübbo Kruizinga

Frau Elfriede Wilts

### **von der Verwaltung**

Herr Stadtrat Ewald Fürst

Herr Stadtjugendpfleger Tom Sprengelmeyer

Herr Onno Santjer

Herr Reno Wolff

Herr Reinhard Kleen -als Protokollführer-

Herr Engelbert Kromminga -als Protokollführer-

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999**

---

2 Vertreter der örtlichen Presse

3 Zuhörer

### Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Um 17.00 Uhr eröffnet die Vorsitzende die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Sie begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die zwei Vertreter der Presse und die drei anwesenden Zuschauer. Allen wünscht Sie ein gutes und erfolgreiches Jahr 1999.

### Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Im Interesse der anwesenden Zuhörer von der Polizeiinspektion Emden bittet Herr Bongartz darum, die Vorlage 13/754 vorzuziehen.

Einwände hiergegen sowie gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

### Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 10.06.1998

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 10.06.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

### Punkt 4: Vorlage 13/747 Bezuschussung für Tätigkeiten im Rahmen der neuen Insolvenzordnung

Herr Fürst erläutert eingangs, daß der Zuschuß für die Schuldnerberatung 1993 eingestellt worden sei. In der Zwischenzeit habe man versucht, Banken und Sparkassen in diese Finanzierung einzubeziehen. Dies sei jedoch nicht gelungen. Die Stadt Emden habe sich deshalb entschlossen, ab 1999 erneut einen Zuschuß zu zahlen, auch wenn noch viele Unsicherheiten beständen.

Herr Engels berichtet ausführlich über die voraussichtlichen Auswirkungen der neuen Insolvenzordnung.

Herr Züchner erkundigt sich, wie die Zahl der erwarteten überschuldeten Personen ermittelt wurde. Diese beruhe auf Schätzungen des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes erklärt Herr Engels. Auf Nachfrage von Herrn Züchner bestätigt Herr Engels, daß aufgrund der Insolvenzordnung ein neues Klientel auf die Schuldnerberatung zukommen werde. Herr Könitz sieht in dem neuen Insolvenzrecht einen positiven Ansatz. Das Diakonische Werk habe immer schon Schuldnerberatung im Rahmen der Sozialberatung angeboten, und zwar präventiv, um Insolvenzen zu vermeiden. Allein 1998 seien 150 neue Fälle bearbeitet worden, was eine erhebliche Entlastung für den Sozialhaushalt bedeute. Als zusätzliches Klientel sieht er die sogenannten "Minderkaufleute" auf die Schuldnerberatung zukommen.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999**

Auch Herr Bongartz teilt die Ansicht, daß die Fallzahlen erheblich zunehmen dürften. Er betont die Wichtigkeit dieser Aufgabe.

Beschluß: Dem Verwaltungsausschuß wird folgender Beschluß empfohlen:

Die Stadt Emden unterstützt die Tätigkeiten im Rahmen der neuen Insolvenzordnung durch einen regelmäßigen Zuschuß von 18.000,-- DM. Der Zuschuß kommt der Einrichtung zuteil, die vom zuständigen Insolvenzgericht Aurich als anerkannte Beratungsstelle mit den Tätigkeiten nach § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO betraut wird. Sollte eine andere als die z.Z. favorisierte Fallpauschalenfinanzierung beschlossen werden, so ist die Bezuschussung neu zu regeln.

Ergebnis: einstimmig

### Punkt 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- a) Vorlage 13/754  
Sachstandsbericht zur Kriminalprävention

Herr Sprengelmeyer stellt dem Ausschuß den Sozialarbeiter Onno Santjer vor, der seit dem 01.01.1998 im Rahmen einer auf zwei Jahre befristeten Maßnahme die Notwendigkeit der Einrichtung eines Präventionsrates für die Stadt Emden prüft.

Zu seiner bisherigen Tätigkeit berichtet Herr Santjer ausführlich. Herr Santjer erklärt, daß die Erfassung für 1998 noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Interessant sei dabei insbesondere, ob das Ergebnis 1997 durch das Ergebnis 1998 bestätigt werde.

Herr Dilling erkundigt sich, wie die Prävention künftig konkret aussehen solle. Herr Fürst erklärt, daß es sich bei der Vorlage lediglich um einen Zwischenbericht handelt. Die Entscheidung, ob ein Präventionsrat eingerichtet werden solle, fehle bisher. Herr Buß plädiert dafür, diese Entscheidung schnell zu treffen. Herr Bongartz unterstützt diesen Vorschlag, denn es sei wieder ein Jahr vergangen, ohne daß etwas geschehen sei. Er kenne keine andere kreisfreie Stadt ohne einen Präventionsrat. Die Stadt Emden sei also wieder das "Schlußlicht". Die CDU werde deshalb fordern, bis zum Beginn der Schulferien einen Präventionsrat einzurichten. Er favorisiere dabei eine Vereinslösung, da hierfür Geld zu bekommen sei. Auf Nachfrage von Frau Meyer erklärt Herr Santjer, daß die Verteilung der Delikte keine wesentliche Abweichung zu anderen Städten aufweise. Herr Pauels erkundigt sich, ob die Verteilung der Delikte in allen Altersgruppen gleich ist. Dies wird von Herrn Santjer verneint. Es gibt Verschiebungen.

Herr Sprengelmeyer wehrt sich gegen den Eindruck, daß die Stadt Emden schlechter dastehe, als andere Städte. Es werde auch schon jetzt präventiv gearbeitet. Aber Jugendarbeit dürfe nicht zu einer reinen Jugendkriminalarbeit verkommen. Er sei aber dankbar für das gesammelte Material. Aufgrund dessen könne künftig noch besser gehandelt werden.

Herr Züchner spricht die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz an. Er befürchtet eine Zunahme aufgrund des Wegfalls der Kodeinsubstitution. Dadurch werde auch die Beschaffungskriminalität zunehmen. Herr Buß betont, daß keineswegs Kritik an der Jugendarbeit geübt werden solle. Von der Jugendhilfe werde gute Arbeit geleistet, die noch mehr Unterstützung gebrauchen könne. Prävention betreffe nicht nur die Jugend, sondern alle Bevölkerungsgruppen, erklärt Herr Bongartz. Für ihre Realisierung sei gerade auch das Ehrenamt gefordert. Herr Woldmer hätte sich eine Spezifizierung der Diebstahlsdelikte gewünscht und

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999**

plädiert dafür, im Bereich der Beschaffungskriminalität mehr zu tun. Herr Kruizinga berichtet von Fällen, in denen Kinder "abgezockt" wurden und Erwachsene vor Zerstörung Angst haben, wenn Sie eine Anzeige aufgeben. Herr Könitz spricht sich dafür aus, die Zusammenarbeit zu fördern. Die Stadt solle dabei die Rolle des Moderators übernehmen.

Herr Hülsmeier (Polizeiinspektion Emden) spricht als Zuhörer den Erlaß zum Präventionsrat an. Prävention gelte selbstverständlich allen Bevölkerungsgruppen. Die Jugend sei jedoch Hauptansatzpunkt, da hier kriminelle Laufbahnen im Ansatz unterbunden werden könnten, doch dazu brauche auch die Polizei Unterstützung. Zur Kodeinsubstitution weist Herr Fürst darauf hin, daß das Programm bis zum 31.12.1999 verlängert worden ist.

Zum Abschluß dankt die Vorsitzende Herrn Santjer für die geleistete Arbeit.

- b) Vorlage 13/748  
Jahresbericht Seniorenbeirat und Stellungnahme der Verwaltung

Herr Dilling trägt den Jahresbericht des Seniorenbeirates in der Stadt Emden vom 12.11.1997 bis zum 02.12.1998 vor.

Frau Bürgermeisterin Meyer übergibt den Vorsitz an Herrn Südhoff. Zum für 1999 ausgerufenen Jahr der älteren Generation äußern sie und andere Ausschußmitglieder ihre Verärgerung darüber, daß die von ihnen repräsentierten Vereine und Verbände vom Seniorenbeirat keine Einladung zur Mitwirkung erhalten haben. Herr Dilling gibt zu, daß es zu "Pannen" gekommen sei. Diese sollten in Kürze durch eine neue Einladung repariert werden. Der Auffassung von Herrn Dilling, daß das Aufnahmealter bei der Berechnung der vollstationären Pflegeplätze gesenkt werden müsse, widersprechen Herr Buß und Herr Haarmeyer. Statt neuer Pflegeplätze müßten die Rahmenbedingungen für ein eigenständiges Leben älterer Menschen geschaffen bzw. verbessert werden. Gerade darin sehe ja auch der Seniorenbeirat seine Hauptaufgabe. Für Verbesserungen gerade auf diesem Gebiet gebühre dem Seniorenbeirat Dank, erklärt Herr Buß.

Herr Engels bestätigt, daß jetzt mehr Servicehäuser und Einrichtungen für betreutes Wohnen zur Verfügung stehen als je zuvor. Auch habe sich die Verwaltung mit dem Seniorenbeirat dahingehend geeinigt, daß ein Bedarf an 441 Pflegeplätzen bis zum Jahre 2005 besteht.

Herr Südhoff übergibt den Vorsitz wieder an Frau Bürgermeisterin Meyer. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit schlägt sie vor, die Vorlagen 13/652/1 und 13/751 in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis zu nehmen. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

- c) Vorlage 13/652/1  
Jahresbericht der Jugendhilfeplanung

Kenntnis genommen

- d) Vorlage 13/751  
Rahmenplan Sozialwesen

Kenntnis genommen

## Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999

---

- e) Vorlage 13/752  
Leistungen für Flüchtlinge

Herr Fürst verweist auf die sehr umfassende Vorlage, die Herr Wolff anschließend noch einmal in ihren wesentlichen Punkten zusammenfaßt.

Herr Kruizinga möchte wissen, wie hoch die Anzahl der Asylbewerber aus dem Kosovo ist, die sich in Emden aufhalten. Herr Wolff teilt daraufhin mit, daß sich derzeit 124 Kosovo-Albaner geduldet in Emden aufhalten, wovon sich neun im Asylverfahren befinden. Abgeschoben wurden aus diesem Personenkreis in den letzten Jahren vier Personen, freiwillig ausgereist sind in den letzten Jahren drei Personen und untergetaucht sieben Personen. Herr Wolff teilt mit, daß vom Innenministerium derzeit geprüft wird, ob die Kosovo-Albaner als Gruppenverfolgte anzuerkennen sind, da in diesem Fall für alle Personen entsprechend Duldungen ausgesprochen werden könnten bzw. diese als Asylbewerber anzuerkennen wären.

Herr Kruizinga möchte ebenfalls wissen, wieviele Schwarzafrikaner sich derzeit noch in der "Batterie" aufhalten und ob diese noch Hilfe zum Lebensunterhalt vom Sozialamt Emden beziehen. Herr Wolff beantwortet diese Frage dahingehend, daß sich von zunächst 40 Personen derzeit noch 17 Personen in der "Batterie" aufhalten, 23 Personen seien dort nicht mehr wohnhaft, von diesen befänden sich 10 derzeit in Untersuchungshaft. Er teilt mit, daß die Ausländerbehörde sich grundsätzlich bemüht, aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen. Herr Buß bittet aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in einer späteren Sitzung noch einmal ausführlich über den jetzigen Punkt -Flüchtlingsfragen- zu diskutieren, auch sei er von der Vielzahl der Zahlen zunächst "erschlagen" worden und müsse diese erst verarbeiten. Herr Fürst entgegnet hieraufhin, daß er dankbar wäre, wenn für die nächste Sitzung entsprechende Anträge gestellt werden würden.

Herr Fürst teilt mit, daß aufgrund der Tatsache, daß die Stadt Emden immer wieder als führend bei der Höhe der Sozialhilfekosten benannt wird, sich der Fachbereich V seit Beginn des Jahres an einem interkommunalen Leistungsvergleich "Soziales" beteiligt. Hierdurch soll versucht werden, die Ursachen für die hohen Kosten festzustellen bzw. zu ermitteln, ob die bisherigen Vergleichszahlen überhaupt herangezogen werden können. Näheres ergibt sich aus der dem Protokoll beigelegten Aufstellung.

Herr Fürst teilt mit, daß in Zukunft der neue Fachbereichsleiter des Fachbereiches V Herr Dr. Heeren ist. Dieser läßt sich für diese Sitzung entschuldigen, da er aufgrund anderweitiger dringender terminlicher Verpflichtungen leider nicht teilnehmen kann. Herr Fürst gibt an, auch weiterhin als Vertreter des Oberbürgermeisters an den Sozialausschußsitzungen teilzunehmen, die Beantwortung evtl. Fragen erfolge jedoch zukünftig über Dr. Heeren als zuständige Person.

### Punkt 6:      Anfragen

Frau Kaune macht sich Gedanken darüber, wie Herr Dr. Heeren in Zukunft die Fachbereichsleitung bewältigen wolle, ihres Erachtens sei er doch bisher nicht "arbeitslos" gewesen. Herr Fürst bestätigt dies. Es solle jedoch im Laufe der Zeit versucht werden, durch Umorganisation eine Arbeitsentlastung von Herrn Dr. Heeren herbeizuführen, damit er die Leitung des Fachbereiches übernehmen könne. Auch befinde man sich derzeit noch in Überlegungen, den Fachdienst "Jugend" in einem eigenen Fachbereich neu zu organisieren. Auf jeden Fall würde die bisherige Tätigkeit von Herrn Dr. Heeren als Amtsarzt durch Personalverstärkung verringert werden. Herr Fürst würde Herrn Dr. Heeren in der Übergangszeit auch noch unterstützen, die Verantwortung für den Fachbereich trage jedoch Herr Dr. Heeren.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.1999**

---

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.15 Uhr und dankt allen Anwesenden für ihr Interesse und ihre Mitarbeit.

Die Beschlüsse wurden gem. § 47 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.